

Probleme in den LPG 1961

28. Februar 1961

[Bericht] Nr. 98/61 über Mängel und Hemmnisse bei der Verwirklichung der Maßnahmen zur Vorbereitung und Sicherung der Frühjahrsbestellung 1961 und bei der Verwirklichung der Beschlüsse der 7. und 8. Tagung des ZK der SED

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 383, Bl. 1–19 (4. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Stoph, Grüneberg – MfS: HA III (über Röhlig, ZIG), Ablage.

[Für die] geplante Ministerratstagung

In diesem Bericht werden einige bekanntgewordenen Schwächen und Mängel bei der Verwirklichung der genannten Maßnahmen aufgezeigt. Der Umfang der Themenstellung und der vorliegenden Materialien aus den Bezirken gestatten jedoch keine allumfassende Einschätzung dieser Probleme. Die im Bericht enthaltenen Darlegungen sind deshalb nur als Hinweise zu folgenden Problemen zu sehen:

- I. Mängel und Hemmnisse bei der Durchsetzung der genossenschaftlichen Arbeit und den Flächenzusammenlegungen in den LPG Typ I¹ sowie der Festigung der LPG insgesamt
 - II. Zur Lage auf dem Gebiet der Saat- und Pflanzgutbereitstellung
 - III. Hinweise über die Düngemittelbereitstellung zur Frühjahrsbestellung
 - IV. Stand des Winterreparatur-Programms und der Einsatzfähigkeit der Maschinen, sowie Ursachen noch vorhandener Mängel
- I. Mängel und Hemmnisse bei der Durchsetzung der genossenschaftlichen Arbeit und den Flächenzusammenlegungen in den LPG Typ I sowie der Festigung der LPG insgesamt*

Nach vorliegenden Berichten aus den Bezirken ist in der Mehrzahl der LPG Typ I der Beginn der genossenschaftlichen Arbeit gesichert und die Flächenzusammenlegung abgeschlossen.

Trotzdem verbleiben jedoch noch eine größere Anzahl von Genossenschaften des Typ I, in denen der Beginn der genossenschaftlichen Arbeit auch 1961 noch nicht gesichert ist, da sich die LPG weigern, ihre Flächen zusammenzulegen, oder die Mitglieder entgegen der Notwendigkeit es ablehnen, entsprechende Flächen ihrer LPG Typ I mit solchen der LPG Typ III auszutauschen.

So ist z. B. im Bezirk Karl-Marx-Stadt in mehr als 400 = 40 % [der] LPG Typ I zur Frühjahrsbestellung der Beginn der genossenschaftlichen Arbeit noch nicht gesichert. In den Bezirken Potsdam sind es noch 59, Suhl noch 50, Magdeburg noch 43 und in den Kreisen Grimmen/Rostock noch 14 sowie Beeskow, Bernau und Freienwalde/Frankfurt/O. noch 15 LPG Typ I, in denen noch keine Voraussetzungen zur Aufnahme der genossenschaftlichen Arbeit bestehen. Aus den übrigen Bezirken liegen keine konkreten Zahlen vor, jedoch wird auch in diesen Berichten darauf verwiesen, dass es noch LPG Typ I gibt, die die genossenschaftliche Arbeitsaufnahme ablehnen oder ständig hinauszögern. Im Wesentlichen handelt es sich in diesen Fällen – wie im Bezirk Leipzig – um kleine LPG, die sich vielfach auf der Basis verwandter Familien zusammengeschlossen haben.

Die Argumente, mit denen der genossenschaftlichen Arbeitsaufnahme entgegengetreten wird, sind:

- die unterschiedlichen Bodenwertzahlen verteuerten die genossenschaftliche Arbeit (besonders im Bezirk Potsdam),
- der Maschinenpark der MTS reiche nicht aus (in allen Bezirken),
- das Prinzip der Freiwilligkeit sei verletzt und die Bauern wären gezwungen worden in die LPG einzutreten (in allen Bezirken),
- die sozialistische Umgestaltung wäre verfrüht und das Bewusstsein der Menschen noch nicht so weit entwickelt gewesen (in allen Bezirken)
- starke Familienbetriebe würden eine höhere Produktion bringen als die LPG (besonders noch im Bezirk Dresden).

Die Methoden, mit denen diese Kräfte ihre passive Haltung gegenüber der Flächenzusammenlegung und der Aufnahme der genossenschaftlichen Arbeit zu verschleiern versuchen, sind nach vorliegenden Berichten sehr unterschiedlich.

Während im Bezirk Erfurt die Flächenzusammenlegung durch eine übermäßige große Rücksichtnahme auf die Fruchtfolge verhindert oder erschwert wird, ist im Bezirk Neubrandenburg die Tendenz festzustellen, unter dem Namen LPG in Form von Arbeitsgemeinschaften zu arbeiten und so einer richtigen genossenschaftlichen Arbeit zu entgegen.

In den Bezirken Karl-Marx-Stadt und Suhl wiederum wurden die Flächen zwar zusammengelegt, doch geschah dies vorwiegend nur durch Zusammenlegung der Schläge zu größeren Flächen, ohne jedoch an der Weiterbewirtschaftung dieser Flächen durch die jeweiligen ehem. Einzelbetriebe etwas zu verändern.

Das Bestreben nicht genossenschaftlich zu arbeiten, geht, wie Untersuchungen im Bezirk Erfurt und Schwerin ergaben, besonders von solchen LPG aus, die bereits während der Zeit der Umgestaltung 1960 schon als Schwerpunkt galten. Initiatoren sind in diesen Fällen vielfach jene Kräfte, die vor der Umgestaltung Großbauern waren, sich bis zuletzt weigerten der LPG beizutreten oder den LPG nur aus spekulativen Absichten heraus beitraten.

Im Zusammenhang mit diesen Erscheinungen wird in den Berichten aus den Bezirken Neubrandenburg und Suhl bereits darauf aufmerksam gemacht, dass die Existenz mehrerer, darunter zahlreicher kleinerer LPG, die Entwicklung der jeweils besten LPG in den Orten zu hemmen beginnt. Z. B. gibt es im Bezirk Neubrandenburg noch 110 LPG Typ I bis zu 50 ha und etwa 300 LPG bis zu 100 ha Größe. Davon bestehen in einer Reihe von Kreisen immer noch bis zu acht LPG in einem Ort.

Dadurch wird besonders die Entwicklung der Brigadearbeit sowie die richtige Auslastung der Technik gehemmt. Außerdem wirkt sich die Existenz dieser LPG ungesund auf die politisch-moralische Festigung vorhandener, besserer LPG aus, da sie in vielen Fällen nur eine genossenschaftliche Arbeit vortäuschen, in Wirklichkeit jedoch Familien- bzw. Verwandtenbetriebe darstellen. Andererseits bestehen in diesen kleinen LPG häufig die größten Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten in den Vorständen und unter den Mitgliedern. Obwohl diese negativen Erscheinungen in der genossenschaftlichen Arbeit, bei der Flächenzusammenlegung sowie die Existenz ungesunder LPG auch dem örtlichen Staatsapparat bekannt sind, wird nach vorliegenden Hinweisen von diesen Organen wenig unternommen, um eine Veränderung in der Einstellung der Bauern zur genossenschaftlichen Arbeit herbeizuführen und gesunde, wirtschaftlich starke LPG zu schaffen. Diese Haltung des Staatsapparates und die Vernachlässigung in der Überzeugungsarbeit dürften auch die wesentlichste Ursache mit dafür sein, dass es immer noch zu Austritten aus den LPG kommt.

In den Bezirken Potsdam, Neubrandenburg und Suhl wurden Einzelbeispiele bekannt, wo LPG-Mitglieder unter Anwendung der nachfolgend angeführten Methoden versuchten, wieder zu individuellen Wirtschaften zu kommen:

- Mitglieder erklärten aus den LPG Typ I ihren Austritt mit der Begründung, den LPG Typ III beizutreten. Diese nahmen die Mitglieder jedoch nicht auf. Da auch in den LPG Typ I keine Wiederaufnahme erfolgte und der Staatsapparat sich in diese Machenschaften nicht einschaltete wurden die Ausgetretenen auf diese Weise wieder Einzelbauern.
- In Genossenschaften Typ I, die eine Umwandlung zum Typ III beschlossen hatten, lehnten einzelne Mitglieder diese Veränderung ab. In diesen Fällen fehlte ebenfalls die Auseinandersetzung mit den einzelnen LPG-Mitgliedern seitens des Staatsapparates, sodass auch deshalb teilweise die Wiederaufnahme der individuellen Bewirtschaftung gelang.

Eine Reihe von Mängeln bei der Festigung der LPG insgesamt zeigen auch die gegenwärtig durchgeführten Jahresendabrechnungen auf. Da die Abrechnungen in den LPG noch nicht abgeschlossen sind, ist eine vollständige Übersicht über die erreichte Rentabilität der LPG in den einzelnen Bezirken noch nicht möglich.

Aus allen vorliegenden Berichten ist aber bereits zu erkennen, dass besonders die LPG des Typ III in größerer Anzahl im Jahre 1960 die geplanten Ergebnisse und damit verbunden die Rentabilität nicht erreichten und staatliche Überbrückungskredite benötigten, um das Mindesteinkommen ihrer Mitglieder sichern zu können.

Hinsichtlich der Ursachen für diese Entwicklung wird in den Untersuchungsergebnissen auf folgende Faktoren verwiesen:

- Unter den LPG-Mitgliedern gibt es noch große ideologische Unklarheiten in den Fragen der Arbeitsorganisation, der Arbeitsdisziplin und der Anwendung des Leistungsprinzips. Z. B. wurden wiederholt Verletzungen des Leistungsprinzips festgestellt, indem Naturalien nach Gutdünken verteilt oder ungerechtfertigt überhöhte Arbeitseinheiten gutgeschrieben wurden.
- Mit den Mitgliedern wird eine ungenügende massenpolitische Arbeit geleistet, durch die Vorstände werden Partei- und Ratsbeschlüsse schlecht ausgewertet oder den Mitgliedern überhaupt nicht erläutert.
- In der Feld- und Viehwirtschaft wurden erhebliche Missstände und Schlampereien, wie hohe Sterblichkeit des Viehes, mangelhafte Pflege, Fütterung und Haltung der Tiere, schlechte Pflege der Kulturen und unzureichende Auslastung der Technik u. a., geduldet.
- Es fehlte den LPG an entsprechenden landwirtschaftlichen Fachkadern und entsprechender Qualifizierung ihrer Mitglieder auf den jeweiligen Spezialgebieten.
- Zum Teil ließ die mangelhafte Futtergrundlage und der fehlende Stallraum eine Erweiterung der Viehbestände nicht entsprechend den Planzielen zu.
- Der teilweise geringe Arbeitskräftebesatz hemmte teilweise die Einhaltung günstiger agrotechnischer Termine. Erschwerte Witterungsbedingungen erforderten erhöhte Leistungen und Arbeitseinheiten.
- Seitens des Staatsapparates wurde nur mangelhafte Unterstützung bei der Organisation der genossenschaftlichen Produktion auf der Grundlage des Statuts und der inneren Betriebsordnung gewährt.

In den Bezirken Neubrandenburg und Suhl wurde das Nichterreichen der Rentabilität von Vorsitzenden und Mitgliedern der Vorstände bereits zum Anlass genommen, Funktionen niederzulegen und sich von der aktiven Gestaltung der Arbeit der Genossenschaften zurückzuziehen. In den meisten Fällen konnte dies jedoch rechtzeitig verhindert werden.

In einzelnen Hinweisen der Bezirke Frankfurt, Cottbus, Rostock und Erfurt hat zur Nichterreichung der Rentabilität auch die Aufrechterhaltung von übermäßigen, dem Statut widersprechenden, individuellen Hauswirtschaften beigetragen, die überwiegend auf Kosten der genossenschaftlichen Arbeit und ihrer Ergebnisse unterhalten wurden.

Ein typisches Beispiel dafür ist die Groß-LPG »Rotes Banner« in Söllnitz/Weimar. Diese LPG benötigte einen Überbrückungskredit von 197 000 DM. In dieser LPG hatten ehemalige Großbauern bei der Viehzählung am 31.1.1961 z. B. vier Rinder, davon zwei Milchkühe und 18 Schweine, davon drei Zuchtsauen, in individueller Haltung.

Daraus ergibt sich auch, dass auf 70 ha individueller Fläche 700 Schweine und auf den übrigen 1 130 ha Fläche der LPG nur 800 Schweine gehalten wurden.

Bisher wurden kaum Anstrengungen des Staatsapparates bekannt, um die übermäßig ausgedehnten und auf Kosten der genossenschaftlichen Arbeit unterhaltenen individuellen Hauswirtschaften abzubauen.

II. Zur Lage auf dem Gebiet der Saat- und Pflanzgutbereitstellung

Aus den Bezirken wird befürchtet, dass die Saat- und Pflanzgutbereitstellung nur zum Teil gesichert ist. Dabei wird besonders auf die fehlenden Bestände für die Anbaukulturen Kartoffeln und zum Teil Mais, Sommerroggen, -gerste und Hafer sowie Futtersaaten im Zwischenfruchtanbau (Rotklee, Luzerne) verwiesen.

Überwiegend wird eingeschätzt, dass in den Bezirken und Kreisen, teilweise auch in den einzelnen landwirtschaftlichen Betrieben, keine konkrete Übersicht über die noch benötigten Mengen und den Bestand vorhanden ist, bedingt dadurch, dass z. B. Getreidemieten bisher nicht ausgedroschen und Kartoffelmieten ungenügend kontrolliert wurden. Vom Staatsapparat wurden bisher nur unzureichende Maßnahmen zur Erfassung der Bestände und zur Bedarfsermittlung eingeleitet. Lediglich im Bezirk Rostock und teilweise im Bezirk Dresden werden aktive Schritte unternommen, um einen Überblick über die derzeitige Situation zu erlangen. Im Bezirk Rostock z. B. wurde die Erfassung aller bezirklichen Reserven an Saat- und Pflanzgut und die Aussortierung von Pflanzkartoffeln aus anderen Beständen (z. B. Speisekartoffeln) veranlasst.

Einige Beispiele beweisen, dass der Austausch verschiedener Saat- und Pflanzgutbestände zwischen den Bezirken durchaus zur Überbrückung einiger Schwierigkeiten führen würde. Die sozialistische Hilfe zwischen den Bezirken ist jedoch entweder ungenügend entwickelt oder noch gar nicht begonnen worden. So berichtet z. B. der Bezirk Gera, dass bezirklich die Saatgutbereitstellung für Rotklee nur zu 70 % gedeckt ist; auf der anderen Seite ist nach hier vorliegenden Berichten im Bezirk Cottbus Rotklee-Samen im Überschuss vorhanden.

Die größten Fehlbestände ergeben sich bei *Pflanzkartoffeln*. Nach vorläufigen Schätzungen fehlen z. B. im Bezirk Leipzig 22 000 t, im Bezirk Halle 15 000 t, im Bezirk Schwerin 6 347 t, im Bezirk Cottbus fallen ca. 10 % des Kartoffelsaatgut-Bestandes durch Verderb aus und im Bezirk Potsdam wird der Ausfall sogar auf 20 % des Gesamtbestandes geschätzt.

Die nördlichen Bezirke der DDR berichten, dass voraussichtlich die Ausfuhrverpflichtungen in andere Bezirke infolge der eintretenden Verluste nicht erfüllt werden können. Der Bezirk Neubrandenburg hat bereits jetzt einen Auslieferungsrückstand von 29 700 t Pflanzkartoffeln an andere Bezirke und einen Fehlbestand von ca. 3 400 t für den Konsumanbau. Ca. 10 % der Bestände sind mit Nassfäule befallen.

Die Ursachen des Verderbens erheblicher Mengen Kartoffeln liegen neben den objektiven Schwierigkeiten, wie nasse Witterung in der Ernteperiode 1960 und Befall der Kartoffeln mit Nass- und Braunfäule – besonders in den nördlichen Ausfuhrbezirken, auch in der verantwortungslosen Einlagerung und Einmietung der Kartoffeln, besonders seitens der LPG Typ III.

So erfroren in der LPG Typ III »Freiheit« Spornitz/Kreis Parchim 20 % der vorhandenen Kartoffelbestände, weil versäumt wurde, bei eintretendem Frost die Mietfenster zu schließen. In der LPG »August Apfelbaum« Typ III in Benz/Kreis Ludwigslust verfaulte der gesamte Kartoffelbestand, da er unsortiert und von der Witterung feucht in Mieten zusammengetragen und teilweise überhaupt nicht mit Stroh überdeckt wurde.

Einige Beispiele beweisen, dass sich LPG-Vorsitzende weigerten, Beauftragte für den Mietenschutz einzusetzen (Bezirk Frankfurt/O.). Häufig hätten größere Schäden infolge Fäulnis durch ständige Überwachung der Mieten verhindert werden und eine rechtzeitige Dämpfung zu Futterzwecken veranlasst werden können.

Einige Bezirke weisen darauf hin, dass LPG mit einer verstärkten Dämpfung angeblich verdorbener Kartoffelbestände spekulative Absichten zugunsten der Genossenschaft verfolgten. So konnte wiederholt festgestellt werden, dass sie mit diesen Maßnahmen eine Vergrößerung des Viehfutterbestandes und den Anschluss bis zum Weideaustrieb erreichen wollten, ohne zu prüfen, durch welche Maßnahmen die Kartoffeln vor dem Verderb gerettet werden könnten. Solche Hinweise kommen z. B. aus den Bezirken Erfurt (Kreis Eisenach), Potsdam und Neubrandenburg, wo Pflanz- oder Saatgutbestände mit dem Argument, dass sie keimunfähig seien, für Futterzwecke verwandt wurden, in Einzelfällen auch dann, wenn sie bereits durch die VEAB vertraglich gebunden waren.

Infolge dieser Situation ist nach vorliegenden Hinweisen in fast allen Kreisen die Einhaltung der Verteilung der geplanten Sorten und Stufen der Saatkartoffeln nicht gewährleistet.

Zur Saatgutbereitstellung von *Mais* wird von den Bezirken bemängelt, dass eine Reihe von Austauschmöglichkeiten bisher nicht ausgenutzt wurden. Während z. B. die Bezirke Gera, Magdeburg, Cottbus usw. über ausreichendes Maissaatgut verfügen sollen, würden in anderen Bezirken (z. B. Karl-Marx-Stadt, Berlin) die Bestände nicht ausreichen.

Im Bezirk Karl-Marx-Stadt wird die Auslieferung des vorhandenen Saatgutes Mais dadurch gehemmt, dass der Rat des Bezirkes keine Aufteilung der Sorten und Mengen auf die einzelnen Kreise vornimmt, da vom Ministerium für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft (Genosse Weißhaupt) Ende Januar 1961 die Anweisung erging, die Sorten neu aufzuteilen. Da von dieser Neuaufteilung weder die VVB Saatzeit und Handelsbetriebe, noch die örtlichen DSG unterrichtet war, ergeben sich weitere Verzögerungen in der Saatgutauslieferung. In einer Reihe von Bezirken besteht Unzufriedenheit über unzureichende Sortenauswahl beim Maissaatgut. Dem Bezirk Karl-Marx-Stadt wurden nur geringe Mengen der Sorten »Wir 25« und »Bukowinski« zugeteilt, obwohl diese Sorte im Bezirk bisher die höchsten Erträge brachte und von den Genossenschaften sehr gefragt ist. Dagegen wurden Sorten wie »MV 5« zugeteilt, die nach Meinung der Bauern ungenügende Erträge bringen und abgelehnt werden. Gleichlaufende Diskussionen wurden aus den Randgebieten Berlins bekannt. Vom Rat des Bezirkes Karl-Marx-Stadt wurde in Anbetracht des geringen Anteils dieser meist gefragten Sorten angeführt, dass der DIA keine Exportabschlüsse tätigen konnte, da angeblich im Ministerium keine Klarheit über die Wahl der Sorten bestanden habe und zum Zeitpunkt des Abschlusses fast alle Exportkontingente der Sowjetunion für »Wir 25« bereits vergeben waren.

Einige Bezirke haben die Verträge zwischen LPG und DSG zum Anbau Mais – 10 bis 14 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche – noch nicht restlos abgeschlossen, zurückzuführen auf die noch nicht überwundene Skepsis einiger Bauern gegenüber dem Maisanbau (Potsdam, Magdeburg, Neubrandenburg). Besonders die LPG Typ I verhalten sich noch ablehnend. Dadurch ist ein vollständiger Überblick über den Bedarf an Silo- und Grünmaissaatgut in diesen Bezirken noch nicht vorhanden.

Schwierigkeiten bei der Belieferung mit *Getreidearten* für die Sommeraussaat ergeben sich besonders dort, wo die Winteraussaat aus verschiedenen Gründen nicht durchgeführt wurde (Bezirk Erfurt). Bei der Frühlingsaussaat sollen jetzt diese Flächen bestellt werden, ohne jedoch die entsprechende Saatgutbevorratung berücksichtigt zu haben. Außerdem werden Fehlbestände an Getreidesaaten aus den Bezirken Schwerin (Fehlmenge von 6 708 dt, besonders Hafer und Sommerroggen), Potsdam, Neubrandenburg (Fehlmenge von 21 000 dt Sommerweizen und 1 400 dt Sommerroggen für den Konsumanbau) gemeldet.

Für den *Zwischenfruchtanbau* reichen nach vorläufigen Berichten in fast allen Bezirken die Saatgutbestände für Rotklee, Luzerne, Seradella und teilweise Esparsette, Lupinen, Wicken und Hülsenfrüchte nicht aus.

III. Hinweise über die Düngemittelbereitstellung zur Frühlingsbestellung

Aus den Bezirken – bis auf den Bezirk Suhl – wird übereinstimmend bekannt, dass die im I. Quartal 1961 auszuliefernden Mengen an Düngemitteln nur bedingt ausreichen, um eine ordnungsgemäße Bodendüngung zu erreichen. Dabei werden als Fehlbestand in der Hauptsache Kali und Stickstoff angeführt, sodass die landwirtschaftlichen Betriebe nicht artengerecht und termingemäß beliefert werden können. Lediglich im Bezirk Suhl und zum Teil Berlin sollen alle Düngemittelsorten bedarfsgerecht vorhanden sein.

Neben den angeführten Erzeugnissen reichen in wenigen Bezirken die Bestände und Lieferungen Kainit und schwefelsaures Ammoniak nicht zur Bedarfsdeckung aus (Cottbus, Dresden). Für die Rübenpflege werden mehr schnellwirkende Düngemittel wie Natronsalpeter verlangt (Leipzig). Gemüseanbauer beklagen sich über die mangelhafte Bereitstellung von Torfmull (Dresden). In anderen Bezirken (z. B. Potsdam) herrscht Unzufriedenheit über das angeblich ungünstige Verhältnis von löslichem Superphosphat zum Thomasphosphat, da letzteres zu wenig im Angebot sei.

Dagegen werden von unserer Industrie neu entwickelte Phosphor-Düngemittel wie MG-Phosphat, Alkali-Sinterphosphat und Schlempe-Kali-Phosphat in der Landwirtschaft noch nicht beachtet, sie wurden bisher auch ungenügend popularisiert.

Mit der Auslieferung der Rückstände in der Düngemittelversorgung aus dem IV. Quartal 1960 bis zum Abschluss des I/61 wurde begonnen. Trotz Kürzung der Planmengen für das I/61 werden auch hier infolge des ungenügenden Produktionsausstoßes der Lieferbetriebe Rückstände entstehen, die nach vorläufigen Schätzungen erst Ende des III. Quartals 1961 aufgeholt werden können.

Zu diesem Zeitpunkt können jedoch diese Erzeugnisse keine Verwendung mehr für die Frühlingsbestellung finden und kommen nach den agrartechnischen Aussaatterminen um mehr als einen Monat zu spät.

Da die Düngemittel nicht nach Arbeitskampagnen, sondern in Übereinstimmung mit der Industrieproduktion nach Quartalen geliefert werden, ergab sich die Notwendigkeit der Bevorratung mit Düngemitteln im Jahre 1960 für 1961 in den einzelnen landwirtschaftlichen Betrieben. In vielen dieser Betriebe sind jedoch infolge ungenügender Planwirtschaft ein Teil der zu bevorratenden Mengen bereits im vergangenen Jahr verbraucht oder durch nicht ausreichende Lagerkapazitäten nicht eingelagert worden, sodass sich in diesen Bezirken die Schwierigkeiten vergrößern (Bezirk Cottbus, Schwerin, Magdeburg u. a.). Daraus resultiert auch der sehr unterschiedliche Bestand und Bedarf an Düngemitteln selbst in den einzelnen Kreisen.

Erhebliche Auswirkungen zeigen sich auch in diesem Jahr wieder durch die ungenügende Transportraumbereitstellung. Infolge Waggonmangels entstehen größere Terminverzögerungen, und die Umlaufzeit vom Erzeuger zum Verbraucher dauert zu lange (Schwerin, Cottbus, Rostock). Im Kreis Mühlhausen z. B. stehen durch Waggonmangel die Lieferungen von Kali seit September 1960 offen.

Der Bezirk Schwerin macht darauf aufmerksam, dass der Anteil der abgesackten Düngemittelerzeugnisse stark abgesunken ist, besonders bei Brand- und Bunakalk, dass die Betriebe sich jedoch in zunehmendem Maße weigern, lose Ware abzunehmen.

Landwirtschaftliche Betriebe aus den Bezirken Leipzig und Neubrandenburg beklagen sich über eine unkontinuierliche oder verzögerte Aufschlüsselung der Kontingente auf die Kreise und Betriebe, und besonders Neubrandenburg weist neben den übrigen nördlichen Bezirken darauf hin, dass infolge der vorgenommenen Umstellung der Fruchtfolge und der Bodenauswaschungen durch feuchte Witterung die Kontingente für Düngemittel erhöht werden müssten, um eine ordnungsgemäße Düngung des Bodens zu gewährleisten.

IV. Stand des Winterreparatur-Programms und der Einsatzfähigkeit der Maschinen, sowie Ursachen noch vorhandener Mängel

Der Stand des Winterreparatur-Programms und der Einsatzfähigkeit der landwirtschaftlichen Maschinen ist in den einzelnen Bezirken unterschiedlich.

Während die Bezirke Suhl, Gera, Rostock, Halle und Berlin melden, dass bis zum Tag der Bereitschaft alle vorhandenen Maschinen und Geräte vollkommen oder nur mit wenigen Ausnahmen einsatzbereit sind, betrug die Einsatzbereitschaft mit dem 15.2.1961 in den Bezirken Frankfurt/O. erst ca. 50 %, Leipzig und Schwerin 55 %, Karl-Marx-Stadt 60 % und Neubrandenburg 73 %.

Die letztgenannten Bezirke schätzen ein, dass gegenüber den vergangenen Jahren ein zurückbleiben in den Reparaturzeiten zu verzeichnen ist und führen dazu folgende Ursachen an:

- Nach der Übergabe der Technik an die LPG gab es mehrfach Hinweise, dass die MTS/RTS die Arbeiten nicht straff organisierten und die Kontrolle vernachlässigten. Einige LPG versuchten Reparaturen selbst auszuführen, um angeblich Kosten zu sparen, kamen jedoch im Verhältnis zum Reparaturprogramm in Verzug, führten teilweise die Reparaturen nicht ordnungsgemäß aus und banden zusätzlich Arbeitskräfte.
- Darüber hinaus wird in mehreren Fällen darauf hingewiesen, dass LPG die übernommene Technik vernachlässigten, teilweise zurückzuführen auf eine ungenügende Anleitung durch die MTS/RTS oder auf den Einsatz der Traktoristen in Brigaden der Viehwirtschaft und des Feldbau (Bezirke Neubrandenburg, Frankfurt/O., Magdeburg u. a.).
- Verantwortungslosigkeit zeigt sich in einigen LPG darin, dass die von den MTS übernommenen Maschinen und Geräte Anfang Februar erst den Feldern zusammengeholt werden mussten. (In der LPG Rutenberg/Kreis Templin erst am 9.2.1961). Von den LPG-Mitgliedern wurde objektive Ursache der Mangel an Unterstellungsmöglichkeiten angegeben.
- Durch mangelhafte Wartung der Maschinen – besonders durch LPG-Traktoristen – werden längere Reparaturzeiten beansprucht. Die persönliche Pflege der Maschinen wurde vernachlässigt, und sie wurden so lange benutzt, bis eine Weiterarbeit nicht mehr möglich war. Im Bezirk Magdeburg wurden z. B. Laufwerke für den KS von LPG-Traktoristen so lange gefahren, dass Laufrollen und Stützrollen nicht mehr den zuständigen Spezialwerkstätten aufgearbeitet werden konnten und die Maschinen längere Zeit ausfielen. Der Ersatzteilbedarf für Trak wird dadurch 1961 ansteigen.
- Als objektive Ursache muss angeführt werden, dass sich durch die verspätete Hackfruchternte der Beginn des Reparaturprogramms gegenüber den vorhergehenden Jahren um etwa 1 ½ Monate verschob. Dadurch fiel auch die Hilfeleistung durch Traktoristen aus, die noch Feldarbeiten leisten mussten. Infolge nasser Witterung war außerdem ein hoher Materialverschleiß festzustellen.

Nachteilig wirkt sich im Bezirk Frankfurt/O. das Abmelden der Gewerbe privater Schmiedemeister aus, die in den MTS/RTS Arbeit aufnehmen wollen. In der Vergangenheit war von diesen Betrieben ein erheblicher Teil einfacher Reparaturen ausgeführt worden.

Als weitere Ursache des Rückstandes im Winterreparatur-Programm werden von den Bezirken Arbeitskräftemangel – im Bezirk Neubrandenburg fehlen z. B. 150 Landmaschinen- und Traktorenschlosser –, Nichteinhaltung der Bestellfristen seitens der MTS/RTS, (jeweils ein Quartal im voraus), schleppende Auslieferung der Ersatzteile seitens der Bezirkskontore für Landmaschinen- und Traktorenersatzteile (Leipzig, Rostock) sowie die unkontinuierliche Bereitstellung von Ersatzteilen seitens der Lieferwerke (besonders der Werke Fortschritt/Neustadt und Traktorenwerke Schönebeck und Brandenburg) angegeben.

In diesem Zusammenhang muss einiges zur Arbeit der Bezirkskontore gesagt werden, die entscheidenden Einfluss auf die kontinuierliche und sortimentsgerechte Belieferung der Landwirtschaft mit Ersatzteilen nehmen müssen. Folgende Mängel sind jedoch für die Arbeit der Bezirkskontore charakteristisch und wirken sich hemmend auf die Ersatzteilbelieferung aus:

1. Die Lagerkapazität ist besonders in den Bezirkskontoren Magdeburg, Rathenow und Erfurt nicht ausreichend. Die Ersatzteile werden in baufälligen überalterten Gebäuden und teilweise im unbefestigten Hof- und Wegegelande gelagert. In Rathenow gibt es auf diesem Gelände nicht einmal eine Beleuchtung und die Verladung der Ersatzteile wird im Scheinwerferlicht der Lkw ausgeführt. Die Bezirkskontore stehen dem Standpunkt, dass diese Schwierigkeiten nur mithilfe von Investitionen überwunden werden können. Das Beispiel des Bezirkskontors Fürstenwalde zeigt jedoch, wie bei richtigem Einsatz der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte und finanziellen Mittel sowie zweckmäßig Arbeitorganisation und Ausnutzung aller Hilfsquellen Veränderungen herbeigeführt werden können. Mit geringen Mitteln wurde hier ein Freigelände überdacht und mittels alter Eisenbahnschwellen usw. eine übersichtliche, arbeitserleichternde und materialschonende Ordnung und Sauberkeit des Lagers erreicht.
2. Die Arbeit wird oft sehr oberflächlich ausgeführt. Die Ersatzteile werden durcheinandergeworfen, und die Leiter der Betriebskontore bringen zum Ausdruck, dass unter diesen Umständen bei einer weiteren Steigerung des Umschlages eine ordentliche Arbeit nicht mehr gewährleistet ist. (Im Bezirkskontor Rathenow soll der Umsatz von Ersatzteilen 1961 37 Mio. DM und 1962 ca. 43 Mio. DM betragen, im Gegensatz zu 29,5 Mio. DM im Jahre 1960).
3. Das Arbeitskräfteproblem ist in den Bezirkskontoren sehr angespannt. Es besteht unter den Transportarbeitern eine beträchtliche Fluktuation und die Beschäftigten führen an, dass die schwere manuelle Arbeitsleistung zu gering bezahlt würde. In der Industrie würden sie ca. 1,20 € pro Stunde mehr verdienen.

Zu begrüßen ist die Initiative im Bezirk Magdeburg, wo Brigaden aus dem Staatsapparat im Bezirkskontor eingesetzt wurden, um überhaupt erst einmal einen Überblick über die im Bezirkskontor vorhandenen Bestände zu erreichen.

Die Ursachen der Mängel und Schwierigkeiten in der Versorgung mit Ersatzteilen sind vielseitig, aber im Wesentlichen immer wieder auf subjektive Faktoren zurückzuführen. So treten häufig in den Bezirkskontoren Fehlpositionen aber auch Überplanbestände auf, die ihren Ursprung bereits in der Planung und Bestellung der Ersatzteile haben. Im Plan für 1961 waren ursprünglich erhebliche Planpolster enthalten, indem von den Bezirkskontoren für ca. 86 Mio. DM Ersatzteile zu viel geplant wurden. Auch für den Plan 1962 werden sich wieder Schwierigkeiten ergeben. Der Leitung des Ministeriums für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft war zum Zeitpunkt der Planung (Anfang Januar 1961) noch nicht klar, welche und wie viel neue Maschinen die Landwirtschaft in den einzelnen Bezirken bis 1962 erhalten wird. (Die Zahlen des Siebenjahrplanes sind nicht auf die Bezirke aufgeschlüsselt.)

Es kann im Allgemeinen festgestellt werden, dass es in der Ersatzteilversorgung in der Landwirtschaft unter den ca. 44 000 einzelnen Ersatzteilpositionen eine ganze Reihe Engpasspositionen gibt, andererseits aber eine Vielzahl von Positionen im Überfluss vorhanden sind, die fast nicht bzw. in sehr geringem Umfang benötigt werden.

Folgende Positionen, die einen Engpass darstellen, müssen hervorgehoben werden:

[Maschine]	[Ersatzteile]
Düngerstreuer:	Seitenwände, Kegel- und Wechselräder
Kartoffellegemaschine A 339:	im Wesentlichen alle Teile
Mähhäcksler:	Hauptwelle MH 277, Gelenk MH 722/43, Rutschenkupplung MH 113, Kurbelscheibe MH 280, Kettenrad MH 279, Haspelträger MH 849 usw.
Mähdrescher:	Getriebeteile können günstigstenfalls Ende des II/1961 vom VEB Motorenwerk Berlin-Johannisthal geliefert werden
Räum- und Sammelpressen:	fast alle Ersatzteile – keine Aussicht auf Lieferung aus dem zuständigen Betrieb VEB »Fortschritt«/Erntebergungsmaschinen Neustadt/Sa.
Rollenketten:	(90 000 m) und Lager für alle Vollerntemaschinen
Batterien, Keilriemen, Reifen für Traktoren und Maschinen	[leer]
verschiedene Kugellager:	besonders konische 1207, 1208, 1307, 1308
Kleinteile wie Splinte, Schmiernippel usw.:	[leer]

Dies sind nur Beispiele.

Darüber hinaus bestehen noch örtlich auftretende Schwerpunkte. Diese werden durch nicht richtige Streuung infolge unqualifizierter Handelstätigkeit der Bezirkskontore, denen es in erster Linie auf die Erfüllung der Umsatzpläne ankommt, hervorgerufen.

Es wird wiederholt in den Reparaturbasen dazu übergegangen, alte, bereits ausgebaute Teile, mit größerem Arbeitszeit- und Kräfteaufwand aufzuarbeiten und zu verwenden.

Bestehende Überplanbestände an Ersatzteilen in den MTS/RTS werden nur zögernd abgebaut, teilweise besteht darüber keine Übersicht. In einigen MTS/RTS werden die Überplanbestände jedoch auf 30 000 DM geschätzt. Ein überbezirklicher Austausch dieser Ersatzteile erfolgte bisher nicht. Nach Ansicht von Fachleuten wäre der Aufwand im Gegensatz zum erzielten Nutzen zu hoch.

Die hohen Lagerbestände an Ersatzteilen stellen jedoch eine erhebliche finanzielle Belastung für die MTS/RTS dar.

Hemmend wirken sich bei der Reparatur der Geräte auch die ständig von den Herstellerwerken vorgenommenen Veränderungen an bestimmten Maschinen und Gerätetypen aus, ohne die ständige Nachlieferung der Ersatzteile aller Typen zu garantieren. So gibt es z. B. beim Traktor »Pionier« verschiedene Arten von Schaltungen, drei Arten von Lagerungen der Schaltwelle, zwei Arten von Scheibenkupplungen. Beim RS04/30 sind zwei Arten von Stockachsen, Waben, Bremstrommeln, Bremsbelag und Felgen, beim Mähler drei Arten von Aufnahmetrommeln vorhanden. Vom Landmaschinenwerk Bernburg wurden innerhalb eines Jahres drei Typen von Drillmaschinen hergestellt, wobei der Austausch von Ersatzteilen innerhalb der Typen nicht möglich ist (besonders Schwingen und Schaare). Diese Beispiele können beliebig erweitert werden.

Wenn in den landwirtschaftlichen Reparaturbasen technische Verbesserungen und Erleichterungen weitgehendst begrüßt werden, so wird in letzter Zeit doch verstärkt die Durchsetzung der Standardisierung und Typisierung im Ersatzteilwesen für Landmaschinen und Traktoren gefordert.

1

Es gab drei LPG-Typen: Beim Typ I wurde das Ackerland eingebracht, beim Typ II das Ackerland, die Maschinen und die Zugtiere, der Typ III war vollgenossenschaftlich, d. h., Ackerland, Maschinen, Zugtiere, das gesamte Nutzvieh, Wiesen, Weiden und Waldflächen und sonstige Güter wurden eingebracht.